



Suchergebnisse: Komitee

November 1810 – Vereinbarung für ein jährliches Münchner Oktoberfest

München * Zwischen den Gründern und Veranstaltern des ersten Münchner Oktoberfestes und dem Generalkomitee des landwirtschaftlichen Vereins wird eine Vereinbarung getroffen, „wonach die Volksfeier in der Maximilianswoche [12. Oktober] fortan jährlich als gemeinsames Fest begangen“ werden soll - unter Einbeziehung landwirtschaftsbezogener Aktivitäten. Bis 1818 organisiert der Landwirtschaftliche Verein das Gesamtfest: Pferderennen und Landwirtschaftliche Präsentation.

1852 – Der Startschuss für das Bauprojekt Künstlerhaus

München * Ein Baukomitee gründet sich und legt damit den Grundstein für die eigentliche Baugeschichte des Münchner Künstlerhauses. Bis zur Verwirklichung des Projekts vergeht jedoch mehr als ein halbes Jahrhundert. Die Künstlerelite jener Zeit verfolgt das Ziel, ein repräsentatives Künstlerhaus an einem möglichst zentral gelegenen Standort zu errichten. Mehrere Standorte für das geplante Künstlerhaus werden geprüft. Zunächst fällt die Wahl auf ein Grundstück nahe der Harmlos-Statue am Englischen Garten, das jedoch nicht erworben werden kann.

2. August 1854 – Ein Komitee kämpft gegen die epidemische Brechruhr

München * Das Bayerische Innenministerium beruft ein Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr, das sich bis Mitte Oktober wöchentlich zwei Mal treffen wird. Beim ersten Zusammentreffen muss man seit dem 29. Juli weitere 22 Brechdurchfall-Erkrankungen zur Kenntnis nehmen, von denen zwölf mit dem Tod endeten. Aufgrund der Arztberichte bestätigt sich das Vorhandensein der Cholera. Eine vorsichtige Information der Bevölkerung in der halbamtlichen Neuen Münchner Zeitung wird beauftragt. Mit den Warnungen vor bestimmten Lebensmitteln hofft das Komitee auf keine weitere Verbreitung der Krankheit.

5. August 1854 – Maßnahmenkatalog gegen die epidemische Brechruhr



München - Vorstadt Au - Giesing - Haidhausen * Die Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle haben weiter zugenommen, weshalb das „Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr“ einen Maßnahmenkatalog in Angriff nimmt. Ärztliche Besuchsanstalten werden eingerichtet und dabei das Stadtgebiet und die Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing in 13, später 15 Distrikte eingeteilt.

30. September 1854 – Die Cholera ist in München erloschen

München * Das Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr beschließt, dass die Cholera in München erloschen ist. Nur drei Ärzte stimmen dagegen. Alle Ärztlichen Besuchsanstalten werden geschlossen, die Suppenanstalten wieder auf vier reduziert. Die ärztliche Versorgung in den Vorstädten wird eine Woche länger aufrecht erhalten. 2.143 von rund 114.000 Münchner Einwohnern fallen bis dahin der sogenannten Kalten Pest zum Opfer, das sind 1,9 Prozent. In den Vorstädten Au, Haidhausen und Giesing sterben 781 von 21.000 Bewohnern, das ist mit 3,7 Prozent eine fast doppelt so hohe Sterbequote. Kinder, Frauen und ältere Menschen machen die Mehrzahl der Opfer aus. In München liegt der Anteil der Frauen bei 45,7 Prozent, der der Kinder unter zehn Jahren bei 19,7 %. In den Vorstädten liegt die Sterblichkeit bei den Frauen bei 39,5 und bei den Kindern bei 25,2 Prozent. An der Cholera sterben stets mehr Frauen als Männer. Das liegt daran, dass Frauen immer einer größeren Infektionsgefahr ausgesetzt sind, da sie die Kranken versorgen und die Wäsche waschen. Während der Anteil der über 60-jährigen Opfer in der Stadt München fast 27 Prozent beträgt, sind es in den Vorstädten „nur“ 17,7 Prozent. Das liegt aber an der sowieso wesentlich geringeren Lebenserwartung. In Haidhausen wird fast kein Haus von der Cholera verschont. Hier liegt die Sterbequote bei 4,8 Prozent. Darunter sind 57 Mütter und 42 Väter, wodurch 102 Kinder einen Elternteil verlieren. Zwanzig Kinder werden zu Vollwaisen. Von den in der Strafanstalt in der Au einsitzenden 541 Häftlingen sterben 63, gleich 11,6 Prozent.

14. Oktober 1854 – Letzte Sitzung zum Thema Cholera

München * Das Komitee zur Beschließung von Maßnahmen gegen die epidemische Brechruhr [= Cholera] hält seine letzte Sitzung ab.

6. Juni 1864 – Besprechung zur Gründung eines Konsumvereins

München-Hackenviertel * Im Kreuzbräu an der Brunnstraße findet eine Besprechung zur



Gründung eines Konsumvereins, also eines Vereins zur möglichst billigen Beschaffung von Lebensmitteln, statt. Man diskutiert dort die Erfahrungen aus anderen Städten und schlägt die Schaffung eines Gründungskomitees vor.

Oktober 1866 – Das Haidhauser Komitee ist für einen Bahnhof in Haidhausen

München-Haidhausen - München-Giesing - München-Au * Nachdem Einzelheiten über den Streckenverlauf und den Bahnstandsstandort der Eisenbahnstrecke nach Braunau am Inn durchgesichert sind, gründen sechs Haidhauser Unternehmer und Geschäftsleute ein Komitee. Nach den Planungen der Eisenbahn-Generaldirektion soll der künftige Ostbahnhof an der heutigen Regerstraße, auf damals Giesinger Gebiet, entstehen. Dieser Standort gilt als ideal, da er von den Zentren der drei Stadtviertel Au, Giesing und Haidhausen nahezu gleich weit entfernt ist und einer möglichen Erweiterung des Bahnhofs sowie der Ansiedelung von Industrie- und Gewerbebetrieben nichts im Wege steht. Das Haidhauser Komitee spricht sich gegen den Bahnstandsstandort in Giesing und für einen solchen in Haidhausen - nahe dem heutigen Rosenheimer Platz - aus. Der Vorsitzende des Haidhauser Komitees ist der Besitzer der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr. Nach Auffassung der Haidhauser Unternehmer spricht für den Standort Haidhausen, dass der Hauptpersonen- und Hauptgüterverkehr schon immer über diesen Ort lief und demzufolge alle verkehrstechnischen Infrastruktureinrichtungen vorhanden sind. Die „gefährliche Verkehrsanbindung“ über den steilen und nicht regulierten Giesinger Berg und dem gleich abschüssigen Nockherberg sprechen gegen Giesing. Hinzu kommen die fehlenden Brückenverbindungen für die Pferdefuhrwerke. Der Münchner Magistrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten schließen sich umgehend den Forderungen der Haidhauser an. Doch das für den Eisenbahnbau in Bayern zuständige Handelsministerium steht den Vorschlägen völlig konträr gegenüber, da nach seiner Auffassung der zweite Bahnhof höchstens ein kleiner Nebenbahnhof werden soll, an dem nur wenige Züge halten.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitet sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der



Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

12. März 1917 – Das Parlament übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht

Petersburg * Der Ältestenrat der Duma konstituiert ein Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und eröffnet das Parlament; wieder. Dieses übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht. Das ist - staatsrechtlich betrachtet - der entscheidende revolutionäre Akt.

30. Januar 1918 – Den Streikenden wird mit Bestrafung gedroht

Berlin * Auch hier schlägt - wie zuvor schon in Wien - das Imperium zurück. Am Nachmittag lässt der für Berlin zuständige Befehlshaber, Generaloberst Gustav von Kessel, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten und verlautbaren: Wer sich den Befehlen nicht fügt, setzt „sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.“ Der Arbeiterrat gibt nicht nach. Die Arbeitskampfmaßnahmen werden erfolgreich weitergeführt.

18. Juli 1918 – Staatschef Swerdlow rechtfertigt die Bluttat an der Zarenfamilie

Moskau - Jekaterinburg * Staatschef Jakow Michailowitsch Swerdlow teilt dem Präsidium des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees - GZEK mit, dass sich am Tag zuvor konterrevolutionäre Truppen auf den Weg nach Jekaterinburg begeben hatten und zu befürchten war, dass sie die dort gefangen gehaltene Ex-Kaiserfamilie befreien wollten. Deshalb wurde der Befehl zur Erschießung der Zarenfamilie erteilt.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“



seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.

17. Dezember 1950 – Die Arbeit des Zentralkomitees der befreiten Juden wird eingestellt

München * Die Arbeit des Zentralkomitees der befreiten Juden wird eingestellt.

13. Juni 1956 – Forderung nach Wiedererrichtung des Ludwig II.-Denkmals

München-Nymphenburg * Am 70. Todestag von König Ludwig II. bildet sich in Schloss Nymphenburg ein Komitee, das den Freistaat und die Stadt auf den leeren Platz an der Corneliusbrücke hinweisen soll, wo sich bis Mai 1942 das Ludwig-II.-Monument befand und das



auf Anordnung des Reichsministeriums des Inneren - als einziges Königsdenkmal Münchens - abgebaut und in Hamburg zur Gewinnung von kriegswichtiger Munition eingeschmolzen worden war.
